

Pulsnitzer Anzeiger

Dhorner Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dhorn

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 45 Pf., bei Lieferung frei Haus 50 Pf. Postbezug monatlich 2,80 RM. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Preise und Nachlässe bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 8 — Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an



bestimmten Plätzen keine Gewähr. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vorm. 10 Uhr aufzugeben. — Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann u. Gebrüder Mohr. Hauptschriftleiter: Walter Mohr, Pulsnitz; Stellv.: Walter Hoffmann, Pulsnitz. Verantwortlich für den Heimteil, Sport u. Anzeigen: Walter Hoffmann, Pulsnitz; für Politik, Wäberdienst und den übrigen Teil: Walter Mohr, Pulsnitz. D. V. X.: 2250. Geschäftsstellen: Albertstraße 2 und Adolf-Hitler-Straße 4. Fernruf 518 und 550

Der Pulsnitzer Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft zu Ramenz, des Stadtrates zu Pulsnitz und des Gemeinderates zu Dhorn behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pulsnitz, sowie des Finanzamtes zu Ramenz

Nr. 264

Mittwoch, den 11. November 1936

88. Jahrgang

Sicherung des Vierjahresplanes durch zielbewußten Arbeitseinsatz

Im Reichsanzeiger vom 9. November sind sechs Anordnungen des Beauftragten für den Vierjahresplan, Ministerpräsidenten Göring, abgedruckt, die die Durchführung des Vierjahresplanes hinsichtlich der Sicherstellung des Facharbeiterwachstums, die Sicherstellung des Bedarfs an Metallarbeitern für staats- und wirtschaftspolitisch bedeutende Aufträge der Eisen- und Metallwirtschaft, die Rückführung von Metall- und Baufacharbeitern in ihren Beruf, die Sicherstellung der Arbeitskräfte und des Bedarfs an Baustoffen für staats- und wirtschaftspolitisch bedeutende Bauvorhaben, die Beschäftigung älterer Angestellter und schließlich das Verbot von Kennwortanzeigen für die Anwerbung oder Vermittlung von Metallarbeitern und Baufacharbeitern betreffen.

Dies sind die ersten Anordnungen für die Sicherstellung des Arbeitseinsatzes für die Durchführung des Vierjahresplanes. Während bei der Machtübernahme noch rund sieben Millionen Arbeitslose gezählt wurden, ist diese Zahl, dank der Luftbauarbeit, auf etwa eine Million zurückgegangen. Hierdurch hat sich auch das Bild des Arbeitseinsatzes grundlegend gewandelt: Während also vor 1933 eine große Arbeitslosigkeit vorhanden war, ist heute bei wichtigen Arbeitergruppen, so im Baugewerbe, im Metall- und Eisengewerbe usw. ein ausgesprochenes Facharbeitermangel festzustellen. Diesem Facharbeitermangel abzuhelfen dergestalt, daß die Aufgaben, die im Vierjahresplan vorgesehen sind, auch wirklich durchgeführt werden können, dienen die obenerwähnten Anordnungen des Ministerpräsidenten Göring.

Die Anordnungen enthalten keine Strafvorschriften. Wer jedoch den Geboten und Verboten, die in diesen Anordnungen enthalten sind, zuwiderhandelt, wird nach der im Reichsgesetzblatt vom 6. November 1936 veröffentlichten „Zweiten Verordnung zur Durchführung des Vierjahresplanes vom 5. November 1936“ mit Gefängnis und Geldstrafe, letztere in unbeschränkter Höhe, oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Vor Vertretern der Presse wies der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Syrup, darauf hin, daß den Betrieben im Eisen- und Metallgewerbe und im Baugewerbe zur Pflicht gemacht werde, eine Zahl von Lehrlingen auszubilden, die im angemessenen Verhältnis zu der Zahl der von ihnen beschäftigten Facharbeiter steht. Dabei sollen diejenigen Betriebe, die aus irgendwelchen Gründen Lehrlinge nicht ausbilden können, durch finanzielle Zuschüsse zur Lehrlingausbildung bei anderen Unternehmungen herangezogen werden können; die Umschulungsverfahren haben sich bisher im allgemeinen als ziemlich problematisch herausgestellt.

Es habe sich aber auch gezeigt, daß eine ganze Anzahl von fachlich ausgebildeten Metall- und Bauarbeitern nicht in ihren Berufen sondern in irgendwelchen anderen Berufen beschäftigt wird. Gerade die Knappheit an Jagarverten aber zwingt uns, diese Kräfte wieder in ihren Berufen dem Volk nutzbar zu machen. Dazu dient die Anordnung über die Rückführung von Metall- und Baufacharbeitern in ihren Beruf, die die Unternehmer verpflichtet, den Arbeitssamtern mitzuteilen, wie viele dieser Fachkräfte bei ihnen berufsfremd beschäftigt werden. Dadurch wird es jedem Facharbeiter möglich sein, wieder in seinem erlernten Beruf tätig sein zu können.

Die Durchführung des neuen Vierjahresplanes könne aber nur gelingen, wenn keine Arbeitskraft im deutschen Volk ungenutzt bleibt. Heute gebe es noch eine, wenn auch kleine Gruppe sogenannter älterer Angestellter (über vierzig Jahre), die seit Jahren außer Stellung und ohne Erwerb sind. Das Glend bei diesen durchaus leistungsfähigen Angestellten, zumeist Familienvätern, ist noch außerordentlich groß. Die Anordnung des Ministerpräsidenten geht also dahin, diese Arbeitslosen wieder in den Wirtschaftsprozess einzugliedern. Die Unternehmer sollen angehalten werden, einen bestimmten Prozentsatz älterer Angestellter in ihre Gefolgschaft aufzunehmen. Auch hier ist damit zu rechnen, daß die Unternehmer genügend staatspolitisches Gefühl haben, um für diese Volksgenossen zu sorgen. — Der Stichtag für die Anzeige an das

Arbeitsamt ist in den Januar kommenden Jahres gelegt worden, so daß bis zu diesem Zeitpunkt noch manches bisher Versäumte nachgeholt werden kann. Sollte aber der Appell an die Unternehmer nicht die richtige Wirkung haben, so könnten solche Betriebsführer ziemlich energisch auf ihre Pflicht gegenüber der Allgemeinheit aufmerksam gemacht werden. Es ist selbstverständlich, daß dabei dem Unternehmer nicht Angestellte zugemutet werden, die für die Arbeit nicht tragbar sind.

Bei dem allgemeinen Aufschwung der Wirtschaft hat sich herausgestellt, daß für staats- und wirtschaftspolitisch bedeutende Aufträge der Eisen- und Metallwirtschaft nicht genügend Arbeiter zur Verfügung stehen. Mit diesem Problem beschäftigt sich die zweite Anordnung zur Durchführung des Vierjahresplanes. Präsident Syrup wies in diesem Zusammenhang auf die Bestimmungen dieser Anordnung hin, und betonte, daß durch das Verbot der Kennwort- (Chiffre-)anzeigen der wilden Werbung für die genannten Facharbeitergruppen gesteuert werden soll; dadurch solle auch der Abwanderung aus anderen Industrien Einhalt geboten werden. Die Zustimmung

zur Gefolgschaftsvermehrung kann nur mehr nach der staats- und wirtschaftspolitischen Bedeutung der hierzu führenden Aufträge erteilt werden. Wie also auf der einen Seite den staats- und wirtschaftspolitisch bedeutenden Aufträgen der Eisen- und Metallwirtschaft der genügende Arbeiterstamm gesichert werden soll, so regelt endlich eine (vierte) Verordnung die Sicherstellung auch des Bedarfs an Baustoffen für staats- und wirtschaftspolitisch bedeutende Bauvorhaben. Hier tritt vom 1. Dezember 1936 eine Regelung der privaten und öffentlichen Bauvorhaben ein. Die Verordnung soll ermöglichen, sich ein Bild über die kommenden Bauvorhaben zu machen, so daß sie entsprechend ihrer Wichtigkeit — bei Wertung aller in Frage kommenden staatlichen, wirtschaftlichen, kulturellen usw. Faktoren — durchgeführt werden können.

Präsident Syrup schloß mit der Hoffnung, daß dieser starke Appell an die Vernunft und das staatspolitische Gefühl der Unternehmer nicht ungehört verhallen wird, und daß der Staat nur in den allerletzten Fällen gezwungen sein wird, durch regelnden Zwang einzugreifen.

Neuaufbau des Studententums

Politisch-weltanschauliche Erziehung aller deutschen Studenten

Die gesamte Führerschaft der deutschen Studenten wurde vom Reichsstudentenführer zu einer Tagung in die Gebietsführerschule Solitude bei Stuttgart einberufen. Im Mittelpunkt der Tagung standen Ausführungen des Reichsstudentenführers Dr. Scheel, in denen er die Grundsätze des kommenden Aufbaues des Deutschen Studententums formulierte.

Die Arbeit der neuen Reichsstudentenführung geht grundsätzlich davon aus, daß der NSD.-Studentenbund der nationalsozialistische Kerntrupp und die Führerorganisation der Gesamtstudentenschaft ist. Er ist insbesondere Träger der gesamten politisch-weltanschaulichen Erziehung der Gesamtstudentenschaft nach den Richtlinien der NSDAP. und hat besondere sachliche Aufgaben nach den Richtlinien der Partei durchzuführen. Die Deutsche Studentenschaft hat als Zusammenschluß aller Studenten deutscher Abstammung und Muttersprache an den deutschen Hoch- und Fachschulen die Aufgabe der Vertretung der gesamten Studentenschaft im Rahmen der Hochschule. Der Sitz der neuen Reichsstudentenführung, der Reichsführung des NSD.-Studentenbundes und der Reichsführung der Deutschen Studentenschaft, ist München. In Berlin wird eine Verbindungsstelle eingerichtet.

Sämtliche Studierenden im ersten bis zum dritten Semester werden in Zukunft von der politisch-weltanschaulichen Erziehung des NSD.-Studentenbundes erfasst. Zur Durchführung dieser Arbeit wird der Reichserziehungsminister eine Anordnung erlassen, nach der alle Hochschulinstitute während ihrer ersten drei Semester an derselben Hochschule verbleiben.

Für die speziellen Hochschulen (Hochschule für Lehrerbildung usw.) und für die Fachschulen werden voraussichtlich Sonderbestimmungen ergehen.

Jeder deutsche Student hat dabei die Möglichkeit, sich während seiner ersten drei Semester einer vom NSD.-Studentenbund geführten Kameradschaft anzuschließen. Er verpflichtet sich mit der Meldung auf die Dauer von drei Semestern. Jeder Parteigenosse muß sich bei einer solchen Kameradschaft melden. Jede Studentenbundgruppe an einer Hochschule hat eine Stammanwartschaft (mit dem Stammbaum als Mittelpunkt) in der der Studentenfürher-Nachwuchs herangebildet wird. Die Mitglieder der Stammanwartschaft werden grundsätzlich nur aus den Kameradschaften auf Vorschlag der Kameradschaftsführer durch den Studentenbundesgruppenführer berufen.

Grundsätzlich können nur Angehörige von Kameradschaften vom Studentenbundesführer in den NSD.-Studentenbund berufen werden. Jeder Student, der Mitglied einer Kameradschaft ist und alle Mitglieder des NSD.-Studentenbundes müssen einer Gliederung der Partei angehören.

Nach dem dritten in einer Kameradschaft verbrachten Semester werden die Mitglieder der Kameradschaft geschlossen in die Studententampfhilfe überführt. Mit dem vierten Semester beginnt die Facharbeit, die sich nach den Studiengebieten gliedert.

Neue studentische Verfassung

Zum Schluß dieser Darstellung des Neuaufbaues des deutschen Studententums kündigte der Reichsstudentenführer an, daß er den Auftrag erhalten habe, den Entwurf einer neuen studentischen Verfassung vorzulegen, die geeignet ist, die bisherigen Erfahrungen der politischen und sachlichen Arbeit in rechtlich verbindende Normen zu bringen. In dieser Verfassung wird auch die Stellung des Reichsstudentenwerkes als eines mit der Arbeit und Zielsetzung der Gesamtstudentenschaft organisatorisch verbundenen Gliedes vorhanden sein.

Der Reichsstudentenführer Dr. Scheel hat einen Aufruf erlassen, in dem er die deutschen Studenten auffordert, mit ihm zusammen als junge geistige Arbeiter für Führer und Volk am Bau des nationalsozialistischen deutschen Studententums mitzuschaffen.

Der Wert des Abkommens mit Polen

Der polnische Außenminister Beck empfing anläßlich seines Staatsbesuches in London die Vertreter der englischen und der ausländischen Presse. Oberst Beck erklärte, daß die Art und Weise, wie die britische Regierung an die Lösung internationaler Fragen herangegangen sei, in Polen sehr geschätzt werde. Die polnisch-tschechoslowakische Frage sei nicht berührt worden; diese Frage eigne sich auch nicht für internationale Ausprachen. Auf die Frage, welcher Zusammenhang zwischen der Westpaktfrage und dem deutsch-polnischen Pakt bestünde, erklärte der polnische Außenminister, daß er das deutsch-polnische Abkommen als ein wesentliches Element der Stabilisierung des europäischen Friedens ansehe. Polen wünsche aufrichtig, daß die Westpaktverhandlungen zu einem vollen Erfolg führen werden. Beck gab der Zuversicht Ausdruck, daß die Westmächte bei diesen Verhandlungen auf die Interessen Polens Rücksicht nehmen würden. Die Beziehungen zwischen Polen und Ungarn

